

„Damit die Menschheit langfristig überleben kann, brauchen wir weder die alte Weltmacht USA noch die vermeintlich neue Weltmacht China, sondern eine Weltmacht namens globale Solidarität.“
Raffaele Schacher, Rorschach (Schweiz)

Wie denn aufwachen?

Nr. 46/2017 Warum China schon jetzt Weltmacht Nr. 1 ist – ein Weckruf für den Westen

Ich mache mich seit Jahren in Vorträgen und Aufsätzen darüber lustig, dass karrierebewusste Wissenschaftler Englisch für die einzig maßgebliche Wissenschaftssprache halten. Wenn sie weiterhin Wirtschaft und Politik hinterherlaufen wollen, hätten sie längst damit beginnen müssen, Mandarin zu lernen!
Prof. Dr. Peter Finke, Bielefeld

Die Bürger sind fleißig, die Staatsführung aber ist autoritär. Es gibt nur eine Partei, Gewaltenteilung ist ein Fremdwort. Wir nennen so etwas Unrechtsstaat. Wenn das Schule macht, dann gute Nacht, Welt! Hat der SPIEGEL das vergessen?
Hartmut Neumann, Aachen

Wir wissen, dass Big Data ohne Datenschutz zu Big Brother wird. In dem Roman 1984 nimmt George Orwell den Diktator Stalin als Vorlage für die Rolle des Big Brother. Dass sie sich in Kürze in dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, Xi Jinping, dem neuen Führer der Weltmacht, realisieren wird, bedeutet, dass die Weltbevölkerung auf Dauer kaum eine Chance haben dürfte, sich einem solchen Regierungssystem zu widersetzen. Wahrlich ein erschreckender Weckruf.
Hans-Christian von Steinaecker, Kusel (Rhld.-Pf.)

China ist nicht als Konkurrent bedrohlich, sondern als Diktatur, deren Zusammenbruch irgendwann die Welt erschüttern wird.
Joachim Grüner, Frankfurt a. M.

Die Autoren sind offenbar vom Großstadtzeitgeist beeinflusst: Man macht alle flüchtigen Trends mit, zum Profit der Zeitgeistdesigner, die das als „Coolness“ verkaufen. Sie haben versäumt darzustellen, dass das chinesische Volk vom über 2000 Jahre alten Konfuzianismus und Taoismus geprägt ist. Auch längere Phasen von Fremdherrschaft, Kolonialismus und Kommunismus konnten daran nichts ändern. Die chinesische Volksseele weiß, dass es immer ein Auf und Ab über lange Zeiträume hinweg gibt, von daher ist zum Beispiel Nachhaltigkeit ein unbedingtes Muss. Wohin führt denn die kurzfristige „Coolness“? Nur zur Verschwendung der endlichen Ressourcen und zu Chaos und Niedergang.
Manfred Schmidt, Iggelheim (Rhld.-Pf.)


JIM WATSON / AFP

Präsidenten Trump, Xi mit Ehefrauen

Der wirtschaftliche, politische und wissenschaftliche Aufstieg Chinas sollte vor allem ein Weckruf an die Europäer sein: Wollt ihr hereinfallen auf Aussteiger (Brexit), Separatisten (Katalonien), Nationalisten (AfD, Front National), Subventionsgewinnler (Polen, Ungarn), Steuerfluchthelfer (Malta, Irland, Luxemburg), Spalter (Putin) und Partikularisten (Trump)? Und nach einem kurzen Hochgefühl in der Bedeutungslosigkeit und letztlich Fremdbestimmtheit verschwinden? Nur eine einige und auf den westlichen Werten gründende europäische Gemeinschaft kann eine Antwort auf die chinesische Herausforderung sein. Dazu müsste diese Gemeinschaft allerdings endlich bürgernäher, transparenter und gerechter für alle werden.
Dr. Rudolf Winkel, Bad Kreuznach (Rhld.-Pf.)

Historisch betrachtet war den chinesischen Kaisern China genug. Die Huldigungsgeschenke der Grenzvasallen waren meist weniger wert als die chinesischen Gegengeschenke. So wurde der Frieden an der Grenze erkauft. China mag den Weltmarkt erobern, die kulturelle und militärische Hegemonie über den Planeten strebt es aber nicht an. Mohammeds flammendes Schwert oder Lenins angestrebte Weltrevolution sind da ein ganz anderes Kaliber. Vieles spricht dafür, dass der Beitrag von Konfuzius’ Erben positiv für die Menschheit ist.
Dr. Karsten Strey, Hamburg

Wie denn aufwachen? Mit sich selbst beschäftigte, von sich eingenommene und selbstzufriedene Bürger dieser Welt können keine Vision hervorzaubern und keine mittel- bis langfristigen Strategien entwickeln. China hat eine Vision, eine Strategie, genügend hoch motivierte Bürger und das nötige Kapital auf der Habenseite, um seine Vision zu verwirklichen. Eventuell ist diese Strategie wesentlich friedlicher für die Welt als die des Westens.
Bernd Motzkuhn, Leimen (Bad.-Württ.)

Seele verkauft

Nr. 45/2017 Parteivize Olaf Scholz fordert im SPIEGEL-Gespräch eine Neuaufstellung der Sozialdemokraten

Die ganze Arroganz der derzeitigen SPD-Elite zeigt sich im Interview mit Olaf Scholz. Auf die Frage, was er aus der „Schulz-Story“ von Markus Feldenkirchen gelernt habe, antwortet Scholz in der ihm eigenen Ignoranz und Arroganz: nichts. Dabei wurde jedem Wähler bei der Lektüre dieses Textes bewusst, wie falsch und unprofessionell man Wahlkampf machen kann und der Wahlkampf von der SPD gemacht wurde. Was mir beim Lesen des Interviews mit Scholz die SPD wieder sympathischer und wählbarer gemacht hat: nichts!
Edith Frisch, Düsseldorf

Das Gespräch mit Olaf Scholz scheint eher eine Rechtfertigung als eine Aufarbeitung der SPD-Krise zu sein. In der Analyse von Scholz fehlt mir ein aus Sicht des SPD-Volkes sehr gewichtiges Thema: Hartz IV. Dieses unsoziale Monster mag wirtschaftlich notwendig gewesen sein. Es hat jedoch die Seele der SPD getroffen und damit „verkauft“. Solange der einfache und ehrliche (ehemalige!) SPD-Wähler dafür bestraft wird, wenn kapitalistische Unternehmer zocken und er sein Erspartes aufbrauchen muss, ist diese SPD nicht zu wählen.
Wolfgang Zopora, Tauberrettersheim (Bayern)

Da schaut der stellvertretende Parteivorsitzende Scholz beim bröckelnden Wahlkampf der SPD – genüsslich? – zu und weiß hinterher alles besser. Seinen Beitrag zur Niederlage der SPD mit seinem sicherheitspolitischen Fiasko beim G-20-Gipfel sieht er nicht. Ein selbstgefälliger Besserwisser ohne jede Selbstkritik!
Paul Korf, Hamburg

Olaf Scholz fordert, den Mindestlohn von 8,84 Euro auf 12 Euro pro Stunde anzuheben. Dieser Vorsatz ist sehr löblich. Jedoch nennt er als Hauptgrund, dass niemand, der in Vollzeit arbeite, im Alter auf öffentliche Hilfe angewiesen sein solle. Mit einem Stundenlohn von 12 Euro wären Beschäftigte nach 45 Jahren jedoch weiterhin auf öffentliche Hilfe angewiesen. Falls Herr Scholz die Geringverdiener vor Altersarmut schützen wollte, könnte er sich dafür einsetzen, dass der aktuelle Rentenwert auf gesetzlichem Wege deutlich erhöht wird.
Gerhard Brauer, Hamburg